

## **Vortrag an den Ministerrat**

### **EU; Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten am 21. Jänner 2019; Bericht**

Am 21. Jänner 2019 fand in Brüssel eine Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten (RAB) statt.

Die Hohe Vertreterin und Vizepräsidentin der Europäischen Kommission (HV/VP) Federica Mogherini nahm unter dem Punkt laufende Angelegenheiten Bezug auf die Situation in Venezuela, Kolumbien, Syrien und der Demokratischen Republik Kongo. Von den Mitgliedstaaten wurden auch Jemen und Nicaragua angesprochen. Rumänien informierte über seine Vorsitzprioritäten und hob insbesondere das Zehnjahresjubiläum der Östlichen Partnerschaft hervor.

Unter dem ersten Tagesordnungspunkt Desinformation berichteten HV/VP Mogherini und Kommissar und Vizepräsident der Europäischen Kommission Andrus Ansip über die bisherigen Implementierungsaktivitäten betreffend den Aktionsplan gegen Desinformation (u.a. Vorbereitungsarbeiten für Einrichtung des Rapid Alert Systems, Personal- und Mittelaufstockung für Task Forces für Strategische Kommunikation des Europäischen Auswärtigen Dienstes). Im nachfolgenden Gedankenaustausch zur weiteren Umsetzung des Aktionsplans wies ein Teil der Mitgliedstaaten, darunter Österreich, auf die sensible Balance zwischen Umsetzungsmaßnahmen und Meinungsäußerungs- und Medienfreiheit hin. Einigkeit bestand unter den Mitgliedstaaten hinsichtlich der Notwendigkeit von Partnerschaften mit anderen Akteuren wie z.B. der NATO und G7, aber auch der Zivilgesellschaft, nicht jedoch hinsichtlich des Ausgangspunkts der Bedrohung: Die Mehrheit sah diese hauptsächlich von Russland ausgehend, Österreich forderte gemeinsam mit anderen eine breitere Perspektive.

Der zweite Tagesordnungspunkt EU-Arabische Liga diente der Vorbereitung des EU-Außenministertreffens mit der Arabischen Liga (LAS) am 4. Februar 2019 in Brüssel, das wiederum der Vorbereitung des ersten EU-LAS Gipfels am 24./25. Februar 2019 in Sharm Esh-Sheikh, Ägypten, dienen soll. HV/VP Mogherini stellte für den Gipfel die Übernahme des Vorsitzes durch den Präsidenten des Europäischen Rates Donald Tusk und den ägyptischen Präsidenten Abd al-Fattah as-Sisi in Aussicht. Die Mitgliedstaaten betonten in ihren Wortmeldungen die Bedeutung einer

engen Zusammenarbeit der EU mit LAS. Kommissar Johannes Hahn sprach die schwierige Finanzlage des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) und die Notwendigkeit seiner längerfristigen finanziellen Absicherung an, die durch die von den Vereinigten Staaten von Amerika vorgenommenen Kürzungen 2018 entstanden sei.

Unter dem dritten Tagesordnungspunkt EU-ASEAN fand in Vorbereitung des 22. EU-ASEAN Außenministertreffens, welches unmittelbar in Anschluss an den Rat begann, ein kurzer Meinungsaustausch zu den EU-ASEAN Beziehungen statt. Es wurden Ratsschlussfolgerungen zu den EU-ASEAN-Beziehungen angenommen, die die grundsätzliche politische Einigung zu einer noch zu etablierenden Strategischen Partnerschaft zwischen der EU und ASEAN einleiten sollen.

Ratsschlussfolgerungen wurden zudem zu Nicaragua angenommen. Außerdem wurden die Beschlüsse des Rates vom 21. Jänner 2019 zur Änderung des Beschlusses (GASP) 2018/1544 über restriktive Maßnahmen gegen die Verbreitung und den Einsatz chemischer Waffen (GASP) 2019/86, zur Unterstützung des Übereinkommens über das Verbot von biologischen Waffen und Toxinwaffen (BWÜ) im Rahmen der Strategie der EU gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen (GASP) 2019/97, zur Änderung des Beschlusses (GASP) 2016/849 über restriktive Maßnahmen gegen die Demokratische Volksrepublik Korea (GASP) 2019/96 und zur Änderung des Beschlusses 2014/145/GASP über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen (GASP) 2019/95 angenommen.

Die Schlussfolgerungen der Ratstagung sind auf der Webseite des Rates ([www.consilium.europa.eu](http://www.consilium.europa.eu)) abrufbar.

Ich stelle daher den

**Antrag,**

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

13. März 2019

Dr. Karin Kneissl  
Bundesministerin